

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 47

Halle (S.), 20. November 1926

2. Jahrgang

Politikmüdigkeit?

Die letzten Gemeinderatswahlen — Wahlmüdigkeit in Baden — Das Vorbringen der Wirtschaftsruppen — Erschwerte Koalition — Das Gefeg gegen Schuld und Schmutz — Die Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie — Keine Reichstagsauslösung — Der Reichsfinanzausgleich — Die stockenden Thoiry-Verhandlungen — Die Frage der Militärkontrolle — England auf Deutschlands Seite — Ungeklärte Lage in Frankreich — Louis Marin — Die türmische Frankenhause — Italien und Frankreich — Die polnischen Wahlen — Der Orient-Pakt — Tschißchern in Paris.

Die letzten Wahlen zu den Landtagen und Gemeinderäten in einer Reihe deutscher Bundesstaaten haben, so verschiedentlich sie auch an sich waren, doch ein Ergebnis gehabt, das zu denken gibt. Sie zeigen eine starke Müdigkeit der Wählermassen und eine Abneigung gegen die politischen Parteien, die für die Folge nichts gutes versprechen. Wo die Erbitterung gegeneinander nicht besonders stark ist, sondern eine ruhige Geschäftsführung eine klare Linie innehält, verliert sich das Verantwortlichkeitsgefühl der Masse. Ein Beispiel dafür ist Baden, wo die Wahlberechtigung nur zwischen 35 und 40 Prozent betrug. In den anderen Staaten, in Lübeck und Sachsen, wogte zwar der Kampf erbittert und hat auch mehr Säunige an die Urne geholt, aber nicht zu Gunsten der politischen Parteien selbst, sondern jener Wirtschaftsruppen, die sich mit großen Fragen überhaupt nicht befassen und lediglich Sonderinteressen vertreten. Die Wirtschaftspartei bringt überall erfolgreich nur, aber selbst solche einseitig zusammengefügten Wahlkörper, wie der Bund der Bauern, die Stimmen überall konfliktuell verzeichnen. Das stimmt außerordentlich bedenklich. Die politischen Organisationen werden dabei gerichtet und man es sich auch wohl nur um eine vorübergehende Erfrischung handelt, so wird schon dadurch schwerer Schaden gestiftet, weil es künftig nötig wird, wieder von vorne an die Organisationen aufzubauen.

Für die Erledigung der parlamentarischen Arbeiten aber bedeutet es eine weitere Erschöpfung. Klare Mehrheitsverhältnisse gibt es, vielleicht Bayern ausgenommen, wo der Partikularismus der Bayerischen Volkspartei eine starke Anziehungskraft hat, nirgends. Überall müssen Koalitionen geschaffen werden, die natürlich in sich mühselig sind. Sie haben dauernd Belastungsproben zu ertragen und sind immer nicht immer gewachsen. Am härtesten gilt das im Reich. Fragen, die von den Sozialdemokraten gelöst werden können, stehen andere gegenüber, für die sich auch die große Koalition nicht gelöst haben können. Man braucht nur an das Gefeg gegen Schuld und Schmutz oder an das kommende Reichshuldengeß zu erinnern. Wenn hier auch die liberalen Parteien härter nach links pendeln, so haben Bayerische Volkspartei und Zentrum keine Neigung, gerade mit der Sozialdemokratie diese Gefeg zu verabschieden. Das sind Probleme, die gerade, wo sie schon in förmliche Bezirke eingreifen, tatsächlich nur schwer lösbar sind.

Es war deshalb richtig, daß man zunächst einmal die große Koalition nicht begründete, sondern sich mit einer Zwischenlösung begnügte, die an sich keinen befriedigend und trotzdem weitestens die Ansicht auf eine gewisse Dauer hat. Worauf es ankam, war lediglich die Linie aus ihrer unmittelbaren Dispositionstellung zu befreien, die in kurzer Zeit zu einer vollständigen Rahmung des Reichstages und demnach zur Auflösung geführt hätte. Gerade weil die große Koalition nicht hätte, darf sie nicht an einem gewissen Zeitpunkt fordern. Ganz abgesehen von der Abneigung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen, in diese Kombination einzuwilligen, ist auch bei der Sozialdemokratie keine ausgesprochene Stimmung dafür vorhanden. Ein Teil der Fraktion ist zwar für die große Koalition eingetreten, aber es ist nur eine Minderheit gewesen. Die Führer selbst waren aus rechtlicher Überzeugung geblieben und schoben Vereinbarungen vor, die ihnen eine gewisse Freiheit ließen. Man einigte sich in den Besprechungen beim Kanzler dahin, eine ständige und enge Fühlung miteinander zu unterhalten, aber sich nicht endgültig festzulassen. Man darf nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie nach den sächsischen Wahlen mit ihrem starken Zug nach links eine verantwortliche Mitarbeit feucht. Das wird sich vielleicht ändern, wenn Neuwahlen stattgefunden haben, die dieser Partei wahrheitsgemäß einen erheblichen Gewinn zuführen und die Kommunisten in ihrer Agitation lähmen. Schon jetzt zeigt sich, daß die Mostauer ihren Höhepunkt überschritten haben. Man muß daher abwarten, bis wenigstens die Not des Winters über sich erhebt. Das Reichsfinanzwesen dann, wie man vielfach hofft, einen Auftrieb, so sind die Gefahren von links her im wesentlichen als überwunden anzusehen.

Wir haben auch noch einen zweiten Grund, eine Reichstagsauflösung vorläufig nicht zu befürworten. Die Ansichten für die Krise sind nicht günstig, darüber soll man sich nach den Erfahrungen der letzten Wahlen einmal

klar sein. Auch wenn man annehmen darf, daß die Deutschen eine Niederlage erleiden würden, ist damit noch nicht allein gebiet. Es muß auch eine gewisse Beteiligung in den Vorkämpfen eintreten, die heute unter Steuern und der Konkurrenz der öffentlichen Körperschaften in vielen Bereichen leidet. Eine Hauptaufgabe dieses Winters ist es offenbar, den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu verabschieden und auch ein wenig auf die Sondersteuern der Städte zu achten, gegen die sich die Erbitterung hauptsächlich richtet. Die Kommunen befinden sich in einer Zwangslage und sind vielfach garnicht im Stande, ihre Ausgaben zu decken. Das Problem ist ein Gesamtproblem und kann nur vom Reich aus gelöst werden. Das aber gilt es zunächst einmal abzulehnen. Auch wird man gut tun, sich erst einmal die Außenpolitik auswirken zu lassen. Ein Erfolg Stresemanns würde die deutschnationalen Niederlage vervollständigen und gerade darauf muß hingearbeitet werden.

Überwältigend sind die Aussichten dafür im Augenblick nicht. Verhandlungen mit fremden Staaten erfordern immer unendliche Geduld, und die häufig in der Presse auftauchenden Nachrichten von stark optimistischer Färbung nützen nichts, sondern verzerren im Gegenteil die Stimmung. Man hat für unseren Gesandten Thoiry viel zu laut bejubelt. Es war schon eine Tat, aber die Ergebnisse lassen sich nicht von heute zu morgen als Ernte bergen. Das ist begründlich, da Herr Briand in seiner Kammer genau so vielen Gegnern gegenübersteht, wie Stresemann bei uns, wo bei ihm noch erschwerend die Macht der Willkür kommt, die durch seinen verlorenen Krieg bescheidener geworden sind. Auch in der Frage der Militärkontrolle zeigt sich das. Ob es wirklich christliche Befürworter vor einem deutschen Widererwachen ist oder nur der dringende Wunsch, die guten Vollen nicht zu verlieren, spielt dabei keine Rolle. Tatsache ist jedenfalls, daß es bisher noch nicht gelungen ist, diese Forderungen zu befriedigen. Dabei hat sich England stark und entschieden für den deutschen Standpunkt eingesetzt und durch seinen Vorkämpfer in Paris Lord Crewe nachdrücklich die Forderungen unterstützen, um dieser ganzen Institution ein Ende zu machen. Es ist ja möglich, daß bei der Zusammenkunft der drei Außenminister in Genf eine Einigung erzielt werden wird, aber als sicher möchten wir das noch nicht unterstellen. Gerade die geringfügigkeit der Rückstände in der deutschen Entschaffung zeigen, wie hart

verfügend nur mit erster Belohnung verfolgt wird. Man fürchtet den Rückgang. Nicht nur, daß die Kursteigerung zum Teil auf Spekulation beruht, was schon an sich bedenklich ist, ist eine Notlage eingetreten, die bereits viele Firmen zur Liquidation wegen Geldmangel gezwungen hat. Die Entscheidung ging zu schnell. Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß diese Krise, und es sind ja die ausschlaggebenden, sich zur Abschließung und dem Frankreich gebieten werden. Damit aber ist das Kernstück der Poincaréschen Politik bedroht. Selbst die Engländer, wie Mac Kennan und Montague Norman haben schon gesagt, daß die Zeit zur Stabilisierung gekommen sei, er hat das aber abgelehnt, obwohl auch London öffentlich dafür eingetreten ist. Poincaré hat ja immer zu den eigensinnigsten Staatsmännern Europas gehört und es ist auf diesem mal ausgesprochen, daß er, genau wie 1924, sich zu weit vorgewagt hat. Es ist vielleicht nicht unbedeutend, wenn seine Freunde den im Januar stattfindenden Senatswahlen pessimistisch entgegensehen.

Dagegen wird man die französisch-italienische Spannung, die schon im Abflauen begriffen ist, in ihrer Bedeutung nicht zu überschätzen brauchen. Auch in Rom hat man erkannt, daß man den Bogen nicht überspannen darf und entsprechende Anweisungen an die Presse gegeben. Italien ist anders als andere Staaten für seine Presse verantwortlich, weil es keine Wähler mehr gibt, die von der Regierung unabhängig sind. Alle anderen sind unterdrückt worden. Die Gewalt Herrschaft im Innern hat den letzten Rest von Freiheit beseitigt. Man hat uns ja schließlich der Alpen getrieben, daß wir dieses ganze Unterfangen abfällig beurteilt haben, aber nicht etwa aus Haß gegen Italien, sondern im Gegenteil, aus Sympathie mit einer Nation, die sehr wohl unser Freund sein kann und es auch häufig gewesen ist. Von einem liberalen Italien trennt uns garnichts, von einem sächsischen allerdings sehr viel. Wir brauchen nur an Südtirol zu erinnern, das heute bis zur Verzweiflung getrieben wird. Eine solche Politik hat sich noch nie bewährt.

Diese Erfahrung haben auch die Polen machen müssen. Der wildeste Terror hat verjagt. Die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien sind eine Quittung gewesen, die in der ganzen Welt gefolgt wurde. Obwohl Hunderttausende von Deutschen freiwillig oder gezwungen das Land verlassen haben, wurden mehr deutsche Stimmen abgegeben als 1920 bei der Entscheidung über Oberschlesien. Die Erregung in Warschau ist über verständlich. Deutscher konnte ein Mißverstoß garnicht werden. Wenn man jetzt aber mit dem Gedanken spielt, die international garantierte Selbstständigkeit des Gebietes anzutasten und es in seine Kräfte aufzuteilen, so ist das ein Weg, der in die Irre führt. Hier wird intentionales Recht gestochen, und es ist ganz ausgeschlossen, daß Deutschland dazu schickig wird. Was man in Polen tatsächlich auch das, so muß eben der Rückbehalt eingreifen und er wird sich einem solchen Auf garnicht entziehen können.

Die Lehren sind immer die gleichen, die Unbeherrschbarkeit ist aber auch immer dieselbe. Wo eine Kampfstimmung herrscht, müssen die Sicherheitsventile geöffnet werden. Leider begreifen das die verantwortlichen Staatsmänner meist zu spät. Der Satz gilt auch für die Außenpolitik. Die italienischen Reden und Drohungen gegen den Orient, die England durch die Unterredung von Vornon mindestens scheinbar unterstüßt hat, haben Vorderhand nicht gemacht. Die Zusammenkunft in Desha zeigt, daß man durchaus nicht geneigt ist, alles hinzunehmen. Italien trifft es nicht zu, daß über atlantische Einheitsfronten verhandelt worden ist, aber ganz sicher hat man sich für den überflüssigen Kolonial verständig. Die Türkei, Rußland, Persien und Afghanistan zusammen bilden schon einen Komplex, der auch für europäische Mächte so gut wie unangreifbar ist, namentlich dann, wenn andere europäische Mächte nicht, alles hinzunehmen. Italien trifft es nicht zu, daß Herr Poincaré in Paris, wo er mit Briand eine Aufnahme haben wird, es wäre nicht weiter auffällig, aber französische Wähler werden, daß gerade an der Seine der Orient-Pakt unerschrocken werden soll, also offenbar unter dem Protektorat Frankreichs. Das sind Vorgänge, denen man garnicht genug Aufmerksamkeit spenden kann. Richard Man.

Nichts kommt von selbst,
auch die Verbreitung unserer
Wochenschrift
muß erarbeitet werden.
Werbet bei allen Gelegenheiten Leser!
Probefläche durch den Verlag
Magdeburg, Breiterweg 139/140

selbst ein Mann von so gutem Willen wie Herr Briand kämpfen muß, um das von ihm als richtig erkannte durchzuführen.

Die Lage in Frankreich selbst ist heute wieder so ungeklärt wie möglich. Der nationalsozialistische Heißhörn im Kabinett Poincaré hat durch sein rücksichtsloses Vorgehen die ganze Regierung gefährdet. Poincaré mußte ihn öffentlich abschiedeln, wenn er auch nicht den Mut fand, ihn auszuscheiden. Zunächst hat er den Sturm damit beschworen, doch droht ihm von einer ganz anderen Seite her Gefahr. Die Frankenaufwärtsbewegung hat einen Umfang angenommen, der in den Kreisen der Sach-

Die Wirtschaftspartei.

Von Dr. Hugo Buchmann.

Der Kampf um die Staatsform und um eine verfassungsmäßige Außenpolitik ist von uns mit Erfolg durchgeführt worden. Wenn jetzt die vielen neuen Aufgaben, die insbesondere der Ausbau des Staates stellt, nicht durch falsche Parteigruppierungen verwirrt werden sollen, dann muß sich unsere Klarheit respektvoll auf die Agitation gewisser Kreise für die sogenannte Wirtschaftspartei richten. Diese Agitation wird jetzt auf alle mögliche Weise im Lande betrieben, oft unter Mißbrauch der dem Mittelstand vom Staat gegebenen Berufsvertretungsorgane.

In der neueren deutschen Parteigeschichte ist häufiger der Gedanke einer Wirtschaftspartei aufgetaucht, niemals hat er verwirklicht werden können. Der Mittelstand war bisher überwiegend einseitig, er kannte die Gefahren einer Wirtschaftspartei für den Mittelstand selbst und ließ unbedenkliche Parteigründungen unter sich. In den letzten Jahren hat der Gedanke einer selbstständigen Wirtschaftspartei wieder Boden gefaßt und, um dem Ganzen einen etwas neutraleren Anstrich zu geben, nannte man die Vorgängerin dieser Art „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“.

Die Stimmungen im Mittelstand, die derartige Bestrebungen unterstützen, sind auch uns verständlich. Nach dem Kriege hat sich der Mittelstand oft von allen Seiten verlassen geglaubt. Die Großindustrie bemühte sich, da sie mehr darauf angewiesen war als früher, um verstärkte Unterstützung der Staatsaufgaben und drohte den Mittelstand an die Wand zu drücken. Auf der anderen Seite drohten Sozialdemokraten und Kommunisten mit Sozialisierung oder Kommunalisierung des Handwerks und Lieben es, wenn sie in einzelnen Städten Gelegenheit dazu hatten, an unangenehm Verläufen nach dieser Richtung nicht feilen. Wieder machte es die Großindustrie nicht besser, die den Mittelstand dadurch zu schädigen suchte, daß sie werkweise die Versorgung ihrer Angestellten und Arbeiter mit Lebensmitteln und Kleidung an sich reißen wollten. Nicht zuletzt haben die vielfach den einzelnen Berufsständen schwere Opfer auferlegenden Maßnahmen, die zur Überwindung der Kriegsfolgen unbedingt notwendig waren, auch den Mittelständlern Grund zur Unzufriedenheit und da gerade bei dem deutschen Kleinbürgertum die Luft zur Kritik an allen Dingen sehr stark ist, fanden die Wirtschaftsparteier auch in dieser Beziehung Nist in den gegebenen Verhältnissen. So wird denn der Charakter der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes gekennzeichnet durch die Kritik, die sie an vielen Einzelheiten der staatlichen Maßreglungen übt. Beobachtet man aber die Haltung ihrer eigenen Vertreter im Parlament, dann kann man nicht umhin, gerade eine verhängnisvolle Politik der Wirtschaftsparteier in den den Mittelstand angehenden Fragen festzustellen.

Da wird z. B. die Hauszinssteuer von der Wirtschaftspartei erbittert bekämpft und doch sind gerade die Wirtschaftsparteier Schuld am Bestehen dieser Steuer. Die Wirtschaftspartei hat nämlich im Reiche erst dem Reichsfinanzminister von Schlieben die Mehrheit in den verhängnisvollen Finanzausgleich gestiftet, der den Bürgern mindestens 20 Prozent Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf zwingend vorschreibt. Der Finanzausgleich wurde im Reichstag entgegen der lebhaftesten Opposition der Demokraten im Eilzugtempo von den Reichtsparteiern in Verbindung mit den Wirtschaftsparteiern verabschiedet. Noch in den letzten Tagen hätte die Wirtschaftspartei in Preußen dem Mittelstand beinahe wieder unermeßlichen Schaden zugefügt. Es ist nicht den Vertretern der Wirtschaftspartei zu danken, wenn jetzt der § 4 der Gewerbebetriebsverordnung bestehen bleibt und damit dem Mittelstand eine wesentliche steuerliche Erleichterung wenigstens für dieses Jahr gesichert wird. Die unerhörte Taktik der Wirtschaftsparteier im Landtag hätte beinahe, wie hier schon ausgeführt worden ist, den Kommunen ein Recht in die Hand gegeben, die Gewerbebetriebe bis ins Unendliche zu belasten. Wie hatlos innerlich das ganze Programm der Wirtschaftspartei ist, zeigt sich auch an der programmatischen Befassung jöglicher Erwähnung des Staates, auf die Wirtschaft. Und doch mußte gerade der Abgeordnete Müller-Franken von der Wirtschaftspartei im preußischen Landtag das Wort über den Staat, auf die Erzeugung der elektrischen Kraft, Einfluß zu gewinnen, begründen. Da haben wir praktisch einen Fall, wo das Sandwerk daran interessiert ist, daß es vom Staat gegen übermächtige Wirtschaftskräfte geschützt wird. In den großen wirtschaftlichen Umwälzungen, in denen wir stehen und bei denen wir der Wirtschaft auf der einen Seite und unbedingte freie Bahn geben müssen, damit sie sich rationelle Produktionszusammenfassungen gibt, können wir überhaupt die soziale Befähigung des Staates nicht unterschätzen. Gerade jetzt beginnt die Aufgaben einer sozialen Demokratie. Zu allen Zeiten solcher wirtschaftlichen Umwälzungen hat der Staat erstbeste soziale Funktionen übernehmen müssen. So ist es auch heute. Gerade diejenigen, die von der sozialen Fürsorge des Staates nichts wissen wollen, profitieren von der Einwirkung des Staates auf die sozialen Verhältnisse am allermeisten. Die Schutzgüter für Landwirtschaft und Schwerindustrie sind nichts anderes als eine Fürsorge des Staates für diese Schichten. Der Mittelstand, der häufig gegen diese Fürsorge zu Felde zieht, bedarf der Unterstützung des Staates Tag für Tag, wenn er nicht aufgegeben werden soll. Die verarbeitende Industrie kann recht bald in die Lage kommen, den Schutz des Staates gegen diktatorische Preispolitik der großen eisenhaltigen Kartelle anzufordern. Ganz selbstverständlich ist die weitgehende soziale Fürsorge für die Massen der Arbeiter und Angehörigen, die im Wirtschaftsprozess und seinen Umwälzungen am meisten zu leiden haben und gerade das Recht im Interesse des Kleinhandels, denn dadurch wird es

Preußens Elektrovorlagen.

Rede des Handelsministers Dr. Schreiber.

Schluß *)

Die Zusammenführung der verschiedenen Großunternehmungen wird auch den notwendigen Prozeß der Auscheidung veralteter und weniger wirtschaftlicher Unternehmungen erleichtern. Diese Werke werden als Umpump- oder Verteilerwerke immer noch ihre Bedeutung haben, aber es ist sicherlich nicht notwendig, daß wir im Jahre 1925 noch 2699 Elektrizitätswerte für die öffentliche Stromversorgung in Deutschland hatten. Wenn auch diese unwirtschaftliche Vielzahl gegenüber 1913, wo wir noch 4040 derartige Werke besaßen, in der Verminderung begriffen ist, so ist auf diesem Gebiete der Vereinfachung doch sicherlich noch vieles zu tun.

Auch die Abgrenzung der Interessensphären der einzelnen Elektrizitätsunternehmungen ist wichtig und wird von dem Staate gefördert werden müssen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn die einzelnen Unternehmungen, nur um sich gegenseitig Gelände abzugrenzen, sich zu unwirtschaftlichen Investitionen verleiteten. Freilich darf die Abgrenzung von Interessensphären auch auf diesem Gebiete nicht so verstanden werden, daß man diese Gebiete den verschiedenen Unternehmungen zur beliebigen Ausbeutung überlassen könnte.

Die Abgrenzung von Interessensgebieten muß wiederum verbunden sein mit der Einräumung eines angemessenen Einflusses für den Staat innerhalb der in Betracht kommenden Gesellschaften. Dabei braucht dieser Einfluß keineswegs überall in einer geschäftlichen Beteiligung zu bestehen und noch viel weniger ist daran zu denken, daß der Staat sich etwa in die technische Entwicklung eines dieser Unternehmen einmischen will. In der Eigenart der Elektrizitätsunternehmungen als Versorgungsbetriebe für die gesamte Wirtschaft liegt es indessen, daß der Staat die Möglichkeit erhalten muß, die allgemeinen öffentlichen Interessen, die er als Vertreter der Stromerbringer zu betreten hat, jederzeit gegenüber einem etwaigen Machtmißbrauch zur Geltung zu bringen. Je beträchtlicher die vorhandenen Unternehmungen sind in den Dienst der öffentlichen Interessen fallen, umso weniger können sie dagegen Bedenken haben, den Staat als Mitarbeiter auf diesem Gebiete willkommen zu heißen.

Besonders wichtig wird es für den Staat sein, im Zusammenwirken mit den anderen elektrowirtschaftlichen Unternehmungen auf eine Rationalisierung der Verteilung des elektrischen Stromes bis zu dem letzten Verbraucher hinzuwirken. Die Wege, auf denen die elektrische Energie bis zum letzten Abnehmer geleitet wird, sind außerordentlich verschieden und vielfach überflüssig zu lange und zu kostspielig. Auch in dem staatlichen Stromerzeugungsgebiete ist in dieser Hinsicht gewiß noch vieles zu tun. Es ist aber völlig verfehlt, das, was der Staat in seiner 2 bis 3jährigen Tätigkeit auf diesem Gebiete bisher erreicht hat, zu vergleichen mit Verhältnissen, die sich in anderen Gebieten in der jähren Arbeit mehrerer Jahrzehnte entwickelt haben. Die staatliche Verwaltung muß dieser Seite des Problems die allergrößte Bedeutung bei und wird nichts unversucht lassen, neben der Erzeugung der elektrischen Energie auch die Verteilung so billig wie nur irgend möglich zu gestalten. Sie hofft dabei auf die verständnisvolle Mitarbeit der Kommunen und Kommunalver-

*) Belegte Nr. 48

zu Zeiten großer Arbeitslosigkeit vor pflichtigen Erschlütterungen bewahrt.

Diesen Problemen gegenüber zeigt sich die Wirtschaftspartei einfach hilflos. Der Deutsche Mittelstand wird deshalb die Verpfichtung haben, sich bis zu den nächsten Wahlen eingehend über die verhängnisvolle Art zu unterrichten, wie von Seiten der Wirtschaftspartei Politik gemacht wird, damit verhindert wird, daß in den Parlamenten eine neue Gruppe entsteht, die ein Hindernis ist für praktische Arbeit.

„Große politische Sensation“ der Deutschnationalen. Ein Bildnis Stresemanns.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgende Mitteilung, die uns aus den Redaktionsbüchern geflossen ist, bekanntgegeben:

Für Kunstinteressenten! Ein fabelhaftes Bild von Stresemann im Kreise seiner Anhänger in der Wandelhalle des Reichstags, großes farbiges Gemälde, im Stile der „neuen Sachlichkeit“, hat der einzige Fraktionskolorist bekannt geworden Walter Frohne fertiggestellt. Stresemann selbst kennt das Bild noch nicht. Sobald er es zu sehen bekommt, wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als es zu kaufen und zu verkaufen; denn sobald es öffentlich ausgestellt wird, was beabsichtigt ist, wird dieses Bild zu einer großen politischen Sensation hat sich bereit erklärt, interessierten Kollegen und Kolleginnen das Bild in seinem Atelier vorzuführen. Der Künstler wird zu diesem Zweck am 10. und 11. November von 12 bis 3 Uhr in seinem Atelier anwesend sein. Besuche zu anderen Terminen sind gegen vorherige schriftliche Anmeldung möglich. Anschrift: Walter Frohne, Karlsruher Straße 30-31, Ecke Althofer Platz, Frankfurt/Main.

Berlin, den 3. November 1926.

Der Fraktionsgeschäftsführer: gez. Landau.
Die Deutschnationalen haben schon Sorgen. Bei ihrem wütenden Kampf gegen Stresemann, den sie, wie oben mitgeteilt, „im Stile der neuen Sachlichkeit“ führen, müssen jetzt schon die Waler mitbedenken. Das scheint eine schöne „Sachlichkeit“ zu sein. Jedenfalls sind sie auf dem besten Wege, sich mit Kampfmitteln dieser Art so überflüssig wie nur möglich zu machen.
Die Deutschnationalen haben inzwischen den Zurückzieher gemacht und der Volkspartei ihr Bedauern über

hände, in deren Besitz sich vielfach die Stromverteilungsnetze befinden.

Endlich hat die Staatsregierung auf dem Gebiete der Elektrizität sich ganz und gar nicht erlöst in dem Entschuldigungsrecht, das dem Staate auch auf dem Gebiete der Elektrizität zufließt. Es ist selbstverständlich, daß dieses Entschuldigungsrecht vollkommen sachlich und unbeeinträchtigt von den geschäftlichen Interessen der staatlichen Unternehmungen ausgeübt werden muß. Ich halte aber überhaupt eine Trennung nicht nur dieses Entschuldigungsrechtes, sondern auch der übrigen von ihm geschiedenen Aufgaben des Staates auf dem Gebiete der Elektrizität von der rein geschäftlichen Betätigung des Staates auf diesem Gebiete für unbedingt notwendig. Ich bin deshalb mit der Prüfung der Frage beschäftigt, wie diese Trennung unter gleichzeitiger Zusammenfassung der staatlichen Betriebe am besten und am einfachsten und ohne Aufwendungen neuer erheblicher Kosten herbeigeführt werden kann und behalte mir vor, dem Hause darüber in absehbarer Zeit meine Vorschläge zu unterbreiten.

Einige Redner des Hauses haben daran Kritik geübt, daß neben den Bürgern und den Gemeinden der Elektrizität auch das Reich sich auf dem Gebiete der Elektrizität beteiligen solle. Dieses Nebeneinander der rein gewinnwirtschaftlicher Interessen ist beschwerlicher öffentliches Stellen ist sicherlich wieder erträglich noch zweckmäßig. Mindestens müßte aber erwartet werden, daß die verschiedenen in öffentlichen Hand befindlichen Unternehmungen mit allem Ernst dahin streben, miteinander zu arbeiten, sich gegenseitig zu unterstützen und die elektrowirtschaftlichen Aufgaben gegenüber den rein geschäftlichen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Es ist auch nicht zu verkennen, daß die Frage des Entschuldigungsrechtes in Fällen, in denen die Länder mit ihren eigenen Unternehmungen und die Unternehmungen und die Interessen verschiedener Länder beteiligt sind, leichter zu lösen wäre, wenn das Reich auf dem Gebiete der Elektrizität den Ländern und den sonstigen Beteiligten ohne eigenes Unternehmerrisiko völlig neutral gegenüberstände. Auch ich würde es daher liebhaft begrüßen, wenn sich das Reich dazu entschließen würde, auf eine eigene Betätigung auf dem Gebiete der Elektrizität zu verzichten.

Das sind im wesentlichen die Ziele der staatlichen Elektrizitätspolitik. Ich glaube, daß sie bei allseitiger guten Willen zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit aller beteiligten Kreise führt und damit auf einem besonders wichtigen Gebiete unserer deutschen Wirtschaft einem geliebten Fortschritt die Wege ebnet. Dazu erbitte ich Ihrer aller Mitarbeit!

Diesem Vorschlag ausgeprochen. Und was geschieht mit Landbau?

Aus Parlamenten und Parteien Die Arbeiten am Mittelstandland.

Nachdem nunmehr die Arbeiten am Mittelstandland begonnen haben, wird damit geredet, daß in der nächsten Zeit die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sich merklich verringern wird. Die ersten Arbeiten, die ausgeführt sind, bestehen in der Errichtung von Schmalstrassenbahnen im Gebiet von Magdeburg bis Peine, außerdem werden Wohnparaden gebaut. Wege verlegt, außerdem handelt es sich um den Bau von Wege-Rampen und Wälschuldböden. Etwa 20 eigene Kanalbrücken werden in den Fabriken hergestellt. Da für den Kanalbau von Hannover bis Peine etwa 5 bis 6000 Arbeiter beschäftigt worden sind, kann damit geredet werden, daß jetzt ein Vielfaches von Arbeitern für die neue Strecke in Anspruch genommen wird. Bei der Anwendung von Arbeitern werden die verheirateten Erwerbsfähigen vorzugsweise behandelt, es wird weiterhin darauf gesehen, daß die Arbeiter möglichst aus dem Baugewerbe kommen und daß landwirtschaftliche Arbeiter der Landwirtschaft nicht entzogen werden. Bis zum 15. November sollen die Kanalbauarbeiten in Magdeburg und Bernburg erledigt werden. Die gesamten Bauarbeiten für den Kanalbau werden bis zum nächsten Jahres vergeben werden. Ingesamt kommen neben den Bauarbeiten für den Bau in Frage etwa 130 Brücken, 6 Schleusen, 3 Schleppläusen und verschiedene Hebewerke. Die Vorarbeiten für den Sildfrügel des Kanals sind ebenfalls in Gang; eine Anzahl von Bohrlochen, denen spätere Mägel folgen werden, ist bereits in Tätigkeit. Die Zentralstelle für die Kanalbauten wird die Strombauverwaltung Magdeburg und das Magdeburger Oberpräsidium sein.

Deutschnationaler Beamtenang.

Gegenständig der Beratung der Entschuldigungsgefeß im 22. Ausschuss des Reichstags beantragten am 12. d. M. die Abgeordneten Lauerrens und Genssen (Deutschnationale), den beschäftigten Personalabau im Reichsentschuldigungsamt um ein Vierteljahr hinauszuschieben. Im Sparauschuss des Reichstags arbeitet zu gleicher Zeit der Abgeordnete Schmidt (Stein) (Deutschn.) mit Nachdruck daran, alle irgendwie entbehrlichen Stellen zu streichen. Von dieser Füllen „Streikarbeit“ wird

Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!

Die Qualitäts-Marke!

Unsere Preise sind billig!

Siegfried Cohn
Webereiwaren • Breitenweg 57/6

Mein Mann verlangt ein schönes Diwan. Es muß also fein!



GEG

Spezialität	8	Darins	10-Stück-Packung	1.50
Nr. 2 Sumatra-Brasil	10	Nr. 54 Extramarke	letzte Woche	12
Nr. 11 Sumatra-St. Felix	12	Nr. 25 Sumatra-St. Felix-Havanna	letzte halbes Stück	20
Nr. 13 Sumatra-St. Felix	12	Nr. 29 Sumatra-St. Felix-Havanna	letzte St. halbes Stück	35
Nr. 53 Spezialmarke	12	Zigarillos	Ganzerloos	7

Unsere Schlager

Nr. 110 10 Pfg.
Nr. 112 12 Pfg.
Nr. 115 15 Pfg.

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des

Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
Bes. Ad. Thurnagel

E. Markmann, Magdeburg
Bismarckstraße 9 (kein Laden) am Hauptbahnhof
Fernruf 5539

Krankenpflegeartikel
Chirurgische Instrumente, Bandagen, Leibbinden
Verbandsstoffe Gummivaren
Reines Fachgeschäft.

Werbt neue Abonnenten!

Belz
eigener Herstellung

Baletots — Jaden 800.— bis 120.—
Natur-Schuhs 80.—
Schuls 500.— bis 19.—
Kinder-Garnituren 50.— bis 5.—
Elektr.-Stille 50.— bis 10.—
Serren-Gelb und Sport-Beize nach Maß 1000.— bis 120.—

Sternau
Alter Markt 32 (über 247er)

LIMMER-PELZ
Schwertfegerstr. Nr. 13.
Solange Vorrat offerieren wir:

Pelz-Stolas 16.—
Pelz-Kragen 24.—
rund gearbeitet
Pelz-Jacken 95.—
elegante Verarbeitung
Pelz-Mäntel 138.—
eleg. Verarbeitung
Auswahlsendungen können nicht gemacht werden.

Auf Teilzahlung
Herren- und Damen-Konfektion
Wäsche
Manufakturen
Schuhe :: Belze
S. Margulies
Breitenweg 80/81

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Franz Pützkuhl
Empfehle:
Hüte, Mägen, Schirme, Wäsche,
Krawatten, Strümpfe, Sandalschuhe,
Hosenträger.
Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.

Eine Klasse für sich sind meine stadtbekanntesten hiesigen und bayrischen

Biere

„Flaschen“ „Siphons“ stets
„Frisch vom Faß“
Liefere überallhin frei Haus.

Biervertrieb H. Dengel
Peter Paulstraße 3
Ruf 7722. Ruf 7722

Wilhelm Kobelt's

H. Wurstwaren
H. Fleischwaren

Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.
Magdeburg
Bärplatz Fernruf 7282

Demokraten!
Beteiligt Euch an dem
Stammstich
jeden Dienstag ab 8 Uhr im
Hotel Weißer Bär.

Bauern und Kleinbauern Pächter und Siedler
verlangt die
Deutsche Bauernzeitung.
Probefrühe kostenlos.
Reichsverband landwirtschaftl. Klein- und Mittelbetriebe,
Berlin N. 24, Monbijouplatz 3.

Für die Werbearbeit
Die aufgeführten Personen wünschen bis auf Widerruf auf eigene Rechnung die
Mitteldeutsche Rundschau.

Die Lieferung soll — sofort — am erfolgen.

	Name des Bestellers	Wohnort	Straße	Bestellpostamt
1.				
2.				
3.				

Unterschrift des Einenders.

In
die Mitteldeutsche Rundschau
Magdeburg
Breitenweg 139/140

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 47

Halle (S.), den 20. November 1926

2. Jahrgang

Politische und überparteiliche Frauenarbeit.

(Anregungen für die Herbst- und Winterarbeit.)

Von Martha Dönhoff, M. d. L.

Von der Mobilmachung des öffentlichen Lebens zum Winter sind auch die Frauenorganisationen ergriffen. Wenn eine lebendige Organisation auch den Zusammenhalt der Mitglieder über die stille Zeit des Sommers pflegt, ist doch die eigentliche Wirkungsperiode der Winter. In seinen kurzen Monaten heften sich die Anforderungen an die leitenden und aktiven Kräfte der Vereine, überfluten die Anstrengungen ihrer Propaganda das Publikum. Um eine klare Linie durch das Wirbel der Vorkämpfungen zu führen und Kraftvergehung zu vermeiden, muß eine gewisse Arbeitsteilung festgehalten und besonders der Unterschied zwischen parteipolitisch und überparteilicher Frauenarbeit erkannt werden. Es sind vielfach die gleichen Persönlichkeiten, die in den Frauengruppen der politischen Parteien und in den überparteilichen Vereinen tätig sind, und ihre Arbeit dient vielfach dem gleichen Ziele: Frauennarr und Einfluß zur Geltung zu bringen und für das öffentliche Leben nutzbar zu machen. Aber den beiden Richtungen sind verschiedene Wege und Arbeitsmethoden vorgezeichnet, um zu diesem Ziel zu gelangen. So sehr sie darauf angewiesen sind, sich gegenseitig zu fördern und in die Hand zu arbeiten, um weniger dürfen die Grenzen überschritten werden. Die politische Frauenarbeit im Rahmen der Parteien geschieht im Dienst einer politischen Idee. Diese steht im Vordergrund, die Beförderung der Fraueninteressen in zweiter Linie. Ihre Betonung ist allerdings ein wichtiges Mittel, um Frauenkräfte heranzuziehen und für die Politik zu interessieren.

Im wesentlichen hat die Frauenarbeit in der Partei die Aufgabe, weibliche Mitglieder zu werben, sie zur Vertretung der Parteideen, wie der besonderen weiblichen Forderungen zu schulen und darüber zu wachen, daß innerhalb der Partei die Stellung der Frauen gewahrt wird und sie nicht zu kurz kommen. Die Bewertung besonderer Frauenforderungen ist in den Parteien verschieden, doch schärfen sie alle, wenn nicht die Mitarbeit, so doch die Mitgliedschaft der Frauen und wissen, daß diese mit gewissen Zugeständnissen erkauft werden muß. Wohl können die Frauen verschiedener Parteien bei der Vertretung weiblicher Interessen ein Südweg zusammengehen. Aber die Frauenolidarität muß zurücktreten hinter den politischen Grundgedanken, die die Stellungnahme zu den Fragen bedingen. Im allgemeinen Grundgedanken reicht die Übereinstimmung oft weiter als in bestimmten Einzelforderungen.

Die weltanschaulichen Unterschiede der Parteibekanntnisse spielen auch in die überparteiliche Frauenorganisation hinein; doch ist der Einheitsakt weiterer Raum gelassen, weil hier die Verfolgung der Frauensache an erster Stelle steht. Die Stoffkraft darf nicht durch das Hineintragen von Parteipolitik gekümmert werden. Besonders die Frauenorganisation, deren Arbeitsbereich an meisten an das politische grenzt, die Frauenbewegung mit ihrem Eintreten für Gleichberechtigung und persönliche Freiheit des weiblichen Geschlechts muß sich zur Parteipolitik halten. Die Kreisgabe einer Grundforderung, wie die des Frauenstimmrechts, besteht wegen im Jahre 1918 der deutsch-französischen Fraueneinigung, darf freilich auch um die Erhaltung der Einheit willen nicht in Frage kommen.

Eine besondere Gruppe bilden die konfessionellen Fraueneinrichtungen, die in der Liebesarbeit Großes leisten. Sie sind weltanschaulich eng gebunden, dürfen aber, so lange sie sich politisch neutral nennen, nicht dem Irrtum nachgeben, kirchlich-politisch und rechtspolitisch gleichzusetzen. In den zahlreichen interkonfessionellen Wahlfahrts- und Zweckergebnissen findet die politisch orientierte Frau oft Gelegenheit, die politische Neutralität zu verdeutlichen. Ihre Verlegung verleiht gegen das Organisationsprinzip und bedeutet Einschränkung der Wirkungsmöglichkeit, sowohl hinsichtlich der Mittelbeschaffung als auch des Arbeitsbereichs. Auch die gewollte oder nicht verhinderte Mischung gesellschaftlicher Schichten bewirkt parteipolitische Abgrenzung. Um solchen Schäden zu wehren, muß man den betreffenden Vereinen angeben und in ihnen mitarbeiten; von außen her kann man nichts bessern.

Und bessern müssen wir hier, auch im politischen Interesse. Der neue Staat räumt der freien Wohlfahrtspflege wichtige Befugnisse ein in der öffentlichen Fürsorge. Deshalb müssen demokratisch denkende Frauen in ihre Organisationen hinein — nicht um eine Parteipolitik aufzurichten, sondern um Parteimittelbrauch zu verhindern und die rechten Träger schaffen zu helfen für die heute so weit gespannten sozialen Aufgaben. Die erste wahrnehmbare Frau hat ein natürliches Bedürfnis, sich in väterlicher Mütterlichkeit und hausväterlicher Verantwortung zu betätigen. Die freie Wohlfahrtspflege gibt ihr den Boden dafür.

Als politisch fest gemordene Frauen wollen wir unser höchstes Bürgerrecht stolz und eifrig ausüben in der Parteigesellschaft. Die Werte der Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit findet ihren Boden in der überparteilichen Organisation. In beiden Fällen erfüllen wir unsere Aufgabe als Staatsbürgerinnen zu Ehren und zur Förderung des weiblichen Geschlechts und im Dienste des Gemeinwohls.

Aus Parlamenten und Parteien

Abgeordneter Dr. Bohner für die Ärzte.
Der Professorentitel.

Auf Veranlassung des Abgeordneten Bohner hatte die demokratische Fraktion im preussischen Landtag beantragt, daß künftig auch den leitenden Ärzten an städtischen Krankenhäusern der Professorentitel verliehen werden sollte. Dies war nicht möglich, da nach der Reichsverfassung Titel verboten sind. Auf eine private Anfrage hat nun der Reichsminister des Innern geantwortet, daß er beabsichtige, in nächster Zeit dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Verleihung von Titeln, allerdings in geringem Umfang geregelt würde. Er hoffe, daß durch die Annahme dieses Gesetzes sich die Möglichkeit ergeben werde, denjenigen Ärzten, die sich als

Unsere Postbezieher

machen wir darauf aufmerksam, daß in diesen Tagen der Bezugspreis für den Monat Dezember von der Post eingezogen wird. Wir bitten, den Betrag rechtzeitig zu zahlen. Nur bei rechtzeitiger Bestellung ist der Postbezug gesichert. Alle Freunde, die bisher einen Postbezug erhalten haben, bitten wir, nunmehr auf eigene Rechnung dieses Exemplar beim Postamt oder beim Verlag zu bestellen.

Forscher oder Praktiker in leitenden Stellen der städtischen Krankenhäuser verdient gemacht haben, den Professorentitel zu verliehen. Einigigkeiten über die Stellung des Rabinetts könne er aber nicht sagen.

Demokraten und große Koalition.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

In dem letzten Heft der „Hilfe“ nimmt der demokratische Reichstagsabgeordnete Ertelens zu der Frage der großen Koalition im Reich Stellung und schreibt u. a.:

Die unendlichen, immer wieder in neuer Gestalt auftauchenden Widerstände auf der Seite des Unternehmens sind wenigstens für die halbe Front überwunden. Die Tatsache, daß eine Silberbergpartei der Gruppe Reuß-Hugenberg gegenübersteht, ist ein Fortschritt auf dem Wege der vollenparteilichen Koalition zur Großen Koalition, wie es sich bis jetzt so drastisch und bedeutsam noch nicht ergeben hat. Nun liegt für das Reich die Entscheidung bei der Sozialdemokratie.

Der Primat der Außenpolitik würde einseitig in die Richtung der Großen Koalition weisen. Als in Genf bei dem Empfang, den die Reichstagsabgeordneten der deutschen Delegation gaben, Reichsleiter die Rede auf den Außenminister hielt, trat unversehens hervor, daß die Parteigruppierung für die Ziele der Außenpolitik gegeben ist. Die Außenpolitik muß mit Links gemacht werden. Trotz aller Rücksicht auf Genf, trotz Poincaré und Gernersheim, hat der Parteitag der Deutschen Volkspartei sich nicht nur widerstandslos, sondern enthusiastisch auf die Seite Stresemanns gestellt. Rechts von der Volkspartei findet er eine gleichgültige Gesinnung nicht mehr.

Man kann aber die kommende Außenpolitik nicht mit einer anderen Wehrheit machen als die kommende Innenpolitik. Was in der Fortführung der Anfänge von Thoiry zu gesehen hat, sind weltanschaulich wirtschaftliche Schritte mit bedeutenden innerpolitischen Konsequenzen. Diese Tatsache weist hin auf die notwendige Einheit von Außen- und Innenpolitik.

Die kommenden Fragen der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, der Reparationspolitik, der Zoll- und Handelspolitik, können, wenn sie dem Ziel von Thoiry unterworfen werden sollen, nicht in einem anderen Geist, etwa gelüßt auf Hugenberg und den Landbund, angeführt werden. Niemals hat daher die Notwendigkeit für die Große Koalition so klar gelegen wie heute. Die Sozialdemokratie steht vor einer gegen den Sommer bedeutend veränderten Sachlage. Wenn sie damals betonte, daß so kurze Zeit nach der Abstimmung über die Fikzentabfindung, daß unter dem fortbauenden Druck einer sich noch steigenden wirtschaftlichen Krise die Mitverantwortung nicht übernehmen könne, so hat sich heute die Sachlage entscheidend verändert. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Außenpolitik ist durch Genf bedeutend enger geworden. Wenn auch die wirtschaftliche Krise noch keineswegs zu Ende ist, so zeigt sie doch zweifellos eine Erleichterung, und was noch bedeutsamer ist, die kommenden Aufgaben sind derart, daß sie ein Zusammenwirken der Unternehmer und der Arbeiter voraussetzen.

Das Volksschullehrerdieneinstimmengesetz.

Die Preussische Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat im preussischen Landtag die nachstehende kleine Anfrage eingebracht:

In der 165. Sitzung des Preussischen Landtages am 8. Mai 1926 hat der Ministerpräsident Kaasner erklärt: „Ich darf sagen, daß wir uns bemühen werden, in möglichst naher Zeit in einer Novelle zum Volksschullehrerdieneinstimmengesetz, die voraussichtlich ohnehin notwendig werden wird, in der Beziehung Anregung zu geben,

daß ein Teil der ersten und alleinstehenden Lehrer nach Gruppe 3 aufzürden kann ...

Bei dieser Novelle zum Volksschullehrerdieneinstimmengesetz möchten wir dann weiter die beiden Forderungen der Rektoren und Rektorinnen betreffend einfügen und möglichen monatlich Wert darauf legen, daß die Frage der Vollzahlung der Gehälter für Rektorinnen öffentlich gelöst wird und noch mehr Wert darauf legen, daß es gelingt, auf diesem Wege wenigstens einen Teil der Rektoren nach Gruppe 10 zu bringen. Ich habe bereits im Hauptausschuß ausführen dürfen, daß die gegenwärtige Regelung der Rektorenbesoldung tatsächlich der Anforderung der Gerechtigkeit und Billigkeit nicht entspricht ...

Das Vierte, das in dieser Novelle eventuell zu behandeln wäre, wäre die teilweise Berücksichtigung der Parität der Schullehrer bei Feststellung des Vergütungsdienstalters, so wie es beim Besoldungsdienstalter bereits geschehen ist.“

Nach diesen Ausführungen müßte mit einer baldigen Vorlage der angelegten Novelle zum B. D. G. gerechnet werden. Die Bescheinigung der Einbringung der Novelle begründet sich durch die Tatsache, daß es sich nur um eine Auslegung an die Besoldung der vergleichbaren Beamtenhandlung handelt, daß ferner Beschlüsse des Landtags auf diese Angelegenheit seit Jahren vorliegen und die Besetzung eines der Lehrerschaft zugehörigen langwierigen Unrechts dringend notwendig ist.

Wir fragen daraufhin an:

1. Ist die Staatsregierung bereit, mit größter Bescheinigung die angelegte Novelle zur Vorlage zu bringen?
2. Falls diese Absicht nicht besteht, Auskunft zu geben, welche Gründe für die Zurückhaltung der Novelle maßgebend sind.

Das nennt man Politik!

Die Wählerinnen wollen ihre Aktivität beweisen und sie haben deshalb dem Reichstag einen Antrag vorgelegt, wonach die Locarnoverträge und die Zugehörigkeit zum Völkerbund geändert werden sollen, ebenso sollen in Bausch und Bogen sämtliche Dawesgesetze für grundsätzlich und vollständig ungültig erklärt werden. Schließlich soll u. a. nach vor Eingehen irgendwelcher internationalen Vereinbarungen die Kriegsschuldfrage aufgerollt und zur sachlichen Erledigung getrieben werden.

Fragen an rechtsstehende Schulleiter.

Einer unserer Parteifreunde hat als Mitglied des Kuratoriums eines Gymnasiums, das einen sehr rechtsstehenden Direktor hat, u. a. folgende Fragen dem Direktor in der Sitzung des Kuratoriums vorgelegt:

1. Auf welche Weise hat der Herr Direktor dafür gesorgt, daß der Aufgabe, das schiffbrüchige Verantwortungsbewußtsein des republikanischen Staatsbürgers zu wecken und zu erziehen, am Gymnasium und in seinem Unterricht genügt wird?
2. Was wird unter „sonstigen vaterländischen Vereinigungen“ des Heimatsortes verstanden, denen die Schüler, nach dem erstatteten Bericht, neben den Turnvereinen angehörend?
3. Ist der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der heute mindestens ebenso wichtig und für die Befestigung unserer Zukunft und die Arbeit des Staatsbürgers bedeutsam ist wie es jedes Jahr an unserer Schule gefeierte Sedanfest, in irgendeiner entsprechenden Form im Schulleben in Erscheinung getreten?
4. Warum wird die Verfassungsfeier nicht als eine vaterländische Feier bezeichnet? Welche Feiern müssen öffentlich sein?
5. Ist den Schülern im Unterricht gezeigt worden, daß die neue Verfassung nicht nur Gelegenheit zur Kritik gibt, sondern in weit höherem Maße wirkliche Fertigkeiten in sich birgt und Ziele zeigt, die von der alten Verfassung überhaupt noch nicht gesehen werden konnten?
6. Womit will der Herr Direktor es begründen, daß er als Mitsprecher bei einer öffentlichen Feier seiner Ansicht einen Kranz mit einer Schleife in den Farben des alten Staates niederlegt, und warum hat er nicht die Farben des neuen Staates genommen?

Wir bringen diese Fragen als ein Beispiel, wie im kleinen gearbeitet werden kann und muß.

Dr. Bohner.

Unterstützung der Hochwassergefährdeten.

Die demokratische Landtagsfraktion hat folgende kleine Anfrage im preussischen Landtag eingebracht: „Die durch das im Sommer eingetretene Hochwasser gefährdeten landwirtschaftlichen Betriebe sind in ihrer Existenz außerordentlich gefährdet. Die kleinen und mittleren Betriebe, bei denen die nachweislich domizilierte Fläche überwiegt, stehen vor dem Ruin. Da eine vollständige Unterstützung des Staates bislang noch nicht erfolgt ist, sind diese Betriebe vollkommen außerhande, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Das trifft besonders auch für die Wähler von fiskalischen Verbänden zu, die am 1. Oktober ihren Verpflichtungen in Bezug auf Pachtzahlungen nicht nachkommen konnten. Die Regierung in Magdeburg, die von den im Magdeburger Bezirk gelegenen Gefährdeten um Nachschlag gebeten wurde, hat einen ablehnenden Bescheid



Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint monatlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis pro Quartal: 50 Schillingen monatlich zu zahlen. — Abbestellen können alle jährl. Abonnenten. — Preis pro Einzelnummer 1 Schilling. — Druckort: Leipzig, Gutenbergstraße 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Abbestellen können alle jährl. Abonnenten. — Preis pro Quartal: 50 Schillingen monatlich zu zahlen. — Druckort: Leipzig, Gutenbergstraße 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Nummer 47

Seite (S.), 20. November 1926

2. Jahrgang

Politikmüdigkeit?

Die letzten Gemeinderatswahlen — Wahlmüdigkeit in Baden — Das Vordringen der Wirtschaftsruppen — Erschwerte Koalition — Das Gefolge gegen Schuld und Schmutz — Die Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie — Keine Reichstagsauflösung — Der Reichsfinanzausgleich — Die stöckenden Thoiry-Verhandlungen — Die Frage der Militärkontrolle — England auf Deutschlands Seite — Umgekehrte Lage in Frankreich — Louis Marin — Die stürmische Frankenhause — Italien und Frankreich — Die polnischen Wahlen — Der Orient-Pakt — Tschitschew in Paris.

Die letzten Wahlen zu den Landtagen und Gemeinderäten in einer Reihe deutscher Bundesstaaten haben, so verschieden sie auch an sich waren, doch ein Ergebnis gehabt, das zu denken gibt. Sie zeigen eine starke Müdigkeit der Wählermassen und eine Abneigung gegen die politischen Parteien, die für die Folge nichts Neues verkörpern. Wo die Erbitterung gegeneinander nicht besonders stark ist, sondern eine ruhige Gefühlsführung eine klare Linie innehält, verliert sich das Verantwortlichkeitsgefühl der Masse. Ein Beispiel dafür ist Baden, wo die Wahlberechtigung nur zwischen 35 und 40 Prozent betrug. In den anderen Staaten, in Württemberg und Sachsen, wogte zwar der Kampf erbittert und hat auch mehr Stimmengewinn an die Unreife geholt, aber nicht zu Gunsten der politischen Parteien selbst, sondern jener Wirtschaftsruppen, die sich mit großen Fragen überhaupt nicht befassen und lediglich Sonderinteressen vertreten. Die Wirtschaftspartei bringt überall erfolgreich nur, aber selbst solche einheitlich zusammengeführten Wahlkreise, wie der Bund der Bauern, konnten überall Fortschritte verzeichnen. Das stimmt außerordentlich bedenklich. Die politischen Organisationen werden dabei gerichtet und wenn es sich auch wohl nur um eine vorübergehende Erschütterung handelt, so wird sich dadurch schwerer Schaden gestiftet, weil es künftig nicht wird, wieder von vorne an die Organisationen aufzubauen.

Für die Erledigung der parlamentarischen Arbeiten aber bedeutet es eine weitere Erschwerung. Klare Mehrheitsverhältnisse gibt es, vielleicht Bayern ausgenommen, wo der Partikularismus der Bayerischen Volkspartei eine starke Anziehungskraft übt, nirgendwo. Überall müssen Koalitionen geschlossen werden, die natürlich in sich bündelnd sind. Sie haben dauernd Befehlungsproben zu ertragen und sind ihnen nicht immer gewachsen. Am härtesten gilt das im Reich. Fragen, die mit den Sozialdemokraten gelöst werden können, stehen andere gegenüber, für die sich auch die große Koalition nicht gelöst einbringen kann. Man braucht nur an das Gesetz gegen Schuld und Schmutz oder an das kommende Reichsfinanzgesetz zu erinnern. Wenn hier auch die liberalen Parteien Härten nach links pendern, so haben Bayerische Volkspartei und Zentrum keine Neigung, gerade mit der Sozialdemokratie diese Gesetze zu verabschieden. Das sind Probleme, die gerade, weil sie schon in föderale Bezirke eingreifen, tatsächlich nur schwer lösbar sind.

Es war deshalb richtig, daß man zunächst einmal die große Koalition nicht begründete, sondern sich mit einer Zwischenlösung begnügte, die an sich keine befriedigt und trotzdem wenigstens die Aussicht auf eine gewisse Dauer hat. Worauf es ankommt, war lediglich die Linie aus ihrer unpolitischen Oppositionsstellung zu befreien, die in kurzer Zeit zu einer vollständigen Dahmlegung des Reichstages und vermutlich zur Auflösung geführt hätte. Gerade weil die große Koalition will, darf sie nicht an einem falschen Zeitpunkt fordern. Ganz abgesehen von der Abneigung der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen, in diese Kombination einzutreten, ist auch bei der Sozialdemokratie keine ausgesprochene Stimmung dafür vorhanden. Ein Teil der Fraktion ist zwar für die große Koalition eingetreten, aber es ist nur eine Minderheit gewesen. Die Führer selbst waren aus reichlicher Überlegung gebieten und haben Vereinbarungen vor, die ihnen eine gewisse Freiheit ließen. Man einigte sich in den Besprechungen beim Kanzler dahin, eine ständige und enge Fühlung miteinander zu unterhalten, aber sich noch endgültig festzulegen. Man darf nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie nach den sachlichen Wahlen mit ihrem starken Zug nach links eine verantwortliche Mitarbeit scheut. Das wird sich vielleicht ändern, wenn Neuwahlen stattgefunden haben, die dieser Partei wahrscheinlich einen erheblichen Gewinn zuführen und die Kommunisten in ihrer Agitation lähmen. Schon jetzt zeigt sich, daß die Moslawer ihren Höhepunkt überschritten haben. Man muß daher abwarten, bis wenigstens die Not des Winters vorüber ist. Erhält das Wirtschaftsleben dann, wie man vielfach hofft, einen Auftrieb, so sind die Gefahren von links her im wesentlichen als überwunden anzusehen.

Wir haben auch noch einen zweiten Grund, eine Reichstagsauflösung vorläufig nicht zu beschließen. Die Aussichten für die Wahlen sind nicht günstig, darüber soll man sich nach den Erfahrungen der letzten Wahlen einmal

klar sein. Auch wenn man annehmen darf, daß die Deutschen nationale eine Niederlage erleiden würden, ist damit noch nicht allein geholt. Es muß auch eine gewisse Beteiligung in den Wählermassen eintreten, die heute unter Steuern und der Konkurrenz der öffentlichen Körperschaften in vielen Bereichen leidet. Eine Hauptaufgabe dieses Winters ist es ohnedies, den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu verabschieden und auch ein wenig auf die Sondersteuernpolitik der Städte zu achten, gegen die sich die Erbitterung hauptsächlich richtet. Die Kommunen befinden sich in einer Zwangslage und sind vielfach garnicht im Stande, ihre Ausgaben zu decken. Das Problem ist ein Gesamtproblem und kann nur vom Reich aus gelöst werden. Das aber gilt es zunächst einmal abzuheben. Auch wird man gut tun, sich erst einmal die Außenpolitik auswirken zu lassen. Ein Erfolg Stresemanns würde die deutschen nationale Niederlage verunsichern und gerade darauf muß hingearbeitet werden.

Überwiegend sind die Aussichten dafür im Augenblick nicht. Verhandlungen mit fremden Staaten erfordern immer unendliche Geduld, und die häufig in der Presse auftauchenden Nachrichten von stark optimistischer Färbung nützen nichts, sondern verderben in Gegenseite die Stimmung. Man hat für unseren Gesandten Thoiry viel zu laut behauptet. Es war schon eine Tat, aber die Ergebnisse lassen sich nicht von heute zu morgen als Ernte bewerten. Das ist begründlich, da Herr Brand in seiner Kammer genau so vielen Gegnern gegenübersteht, wie Stresemann bei uns, auch bei ihm noch erschwerend die Macht der Militärs kommt, die durch seinen verlorenen Krieg beschworen worden sind. Schon in der Frage der Militärkontrolle zeigt sich das. Ob es wirklich erbliche Befugnisse vor einem deutschen Wiedereintritt ist oder nur der dringende Wunsch, die guten Vollen nicht zu verlieren, spielt dabei keine Rolle. Tatsache ist jedenfalls, daß es bisher noch nicht gelungen ist, diese Forderungen zu befeitigen. Dabei hat sich England stark und entschieden für den deutschen Standpunkt eingesetzt und durch seinen Botschafter in Paris Lord Crewe nachdrücklich die Forderung unterstrichen, um dieser ganzen Institution ein Ende zu machen. Es ist ja möglich, daß bei der Zusammenkunft der drei Außenminister in Genf eine Einigung erzielt werden wird, aber als sicher möchten wir das noch nicht unterstellen. Gerade die Fertigkeitigkeit der Rätestände in der deutschen Entschaffung zeigen, wie hart

verständigen nur mit erster Befugnis verfolgt wird. Man fürchtet den Rückschlag. Nicht nur, daß die Kurssteigerung zum Teil auf Spekulation beruht, was schon an sich bedenklich ist, ist eine Notlage eingetreten, die bereits viele Firmen zur Liquidation wegen Geldmangel gezwungen hat. Die Entschaffung ging zu schnell. Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß diese Kreise, und es sind ja die ausfallgebenden, sich zur Wehr setzen und dem frankreich Polnischen Politik bedroht. Selbst die Engländer, wie Mac Kenna und Montague Norman haben sich gefügt, daß die Zeit zur Stabilisierung gekommen sei, er hat das aber abgelehnt, obwohl auch Laucheur öffentlich dafür eingetreten ist. Poincaré hat ja immer zu den eigenständigen Staatsmännern Europas gehört und es ist auf diesem mal ausgesprochen, daß er, genau wie 1924, sich zu weit vorgezogen hat. Es ist vielleicht nicht unbedingt, wenn seine Freunde den im Januar stattfindenden Senatswahlen pessimistisch entgegenzusehen.

Dagegen wird man die französisch-italienische Spannung, die schon im Abflauen begriffen ist, in ihrer Bedeutung nicht zu überschätzen brauchen. Auch in Rom hat man erkannt, daß man den Bogen nicht überfahren darf und entsprechende Anweisungen an die Presse gegeben. Italien ist anders als andere Staaten für seine Presse verantwortlich, weil es keine Wähler mehr gibt, die von der Regierung unabhängig sind. Alle anderen sind unter dem Banner der Partei in die ganze Amerikaner etwa aus Maß Sympathie mit überleben Italien für seine allerdings viel zu erinnern, en wird. Eine

er machen müßte. Die Gemeindeführung gewesen, die wohl Hundertgewandungen das die Stimmen ab der Oberflächens schon verständlich gemacht werden, spielt, die inner-Gebietes anzu, so ist das ein internationales geschlossen, daß in Polen tratbund eingetreten nicht entgegen können.

Die Lehren sind immer die gleichen, die Unbeliebbarkeit ist aber auch immer dieselbe. Wo eine Kampfstimmung herrscht, müssen die Sicherheitsventile geöffnet werden. Jeder begreifen das die verantwortlichen Staatsmänner meist zu spät. Der Gag gilt auch für die Außenpolitik. Die italienischen Reden und Drohungen gegen den Orient, die England durch die Unterbrechung von Livorno mindestens scheinbar unterläßt hat, haben Boreffekten mobil gemacht. Die Zusammenkunft in Döbsta zeigt, daß man durchaus nicht geneigt ist, alles hinzunehmen. Vielleicht trifft es nicht zu, daß über atlantische Einheitsfronten verhandelt worden ist, aber ganz sicher hat man sich für den dürftigen Postfall verständigt. Die Türkei, Rußland, Persien und Afghanistan zusammen bilden schon einen Komplex, der auch für europäische Mächte so gut wie unangreifbar ist, namentlich dann, wenn andere europäische Mächte dabei die Hand im Spiel haben. Herr Tschitschew fährt nach Paris, wo er mit Brand eine Aussprache haben wird. Es wäre nicht uninteressant, aber französische Blätter melden, daß gerade an der Seine der Orient-Pakt unerschritten werden soll, also offenbar unter dem Protektorat Frankreichs. Das sind Vorgänge, denen man garnicht genug Aufmerksamkeit spenden kann. Richard Man.

Nichts kommt von selbst,
auch die Verbreitung unserer
Wochenschrift
muss erarbeitet werden.
Verbet bei allen Gelegenheiten Leser!
Probefläche durch den Verlag
Magdeburg, Breiterweg 139/140

Selbst ein Mann von so gutem Willen wie Brand kämpfen muß, um das von ihm als nötig erkannt durchzuführen.

Die Lage in Frankreich selbst ist heute wieder so ungetrübte wie möglich. Der nationalitäre Heißsporn im Kabinett Poincaré Louis Marin hat durch sein rückfälliges Vorgehen die ganze Regierung gefährdet. Poincaré mußte ihn öffentlich abschießen, wenn er auch nicht den Mut fand, ihn auszuschießen. Zunächst hat er den Sturm damit beschworen, doch droht ihm von einer ganz anderen Seite her Gefahr. Die Frankenaufwärtsbewegung hat einen Umfang angenommen, der in den Kreisen der Sach-